

Änderungsantrag

der Abgeordneten Katrin Kunert, Heidrun Bluhm, Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch, Michael Leutert, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3122, 16/3124, 16/3125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007)**

**hier: Einzelplan 60
Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 60 02 wird ein neuer Titel „Kommunale Investitionspauschale“ mit einem Ansatz von 3 Mrd. Euro eingestellt.

Berlin, den 20. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Für ostdeutsche Städte, Gemeinden und Landkreise sowie finanzschwache Kommunen in den Altbundesländern soll eine kommunale Investitionspauschale des Bundes wieder aufgelegt werden. Für das Jahr 2007 sind dafür in den Bundeshaushalt 3 Mrd. Euro einzustellen.

Der Anteil von Investitionen ist sowohl absolut als auch innerhalb der kommunalen Haushalte zurückgegangen. Der Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit ist mittlerweile so stark, dass eine äußerst kritische Grenze erreicht worden ist. Seit 2003 überschreitet die Summe der jährlichen Abschreibungen die Summe der getätigten Bauten, des Erwerbs von Ausrüstungen, d. h., das Sachvermögen der Städte und Gemeinden ist kleiner geworden. Damit sind die Abschreibungen inzwischen höher als die Investitionen und das als längerfristiger Trend.

Dieser Trend wird sich aufgrund der Gesamthaushaltssituation der Städte und Gemeinden kurz- und mittelfristig fortsetzen, insbesondere in ostdeutschen bzw. finanzschwachen Kommunen in den Altbundesländern. Trotz des Wachstums der Gewerbesteuererlöse um 13,8 Prozent im Jahr 2005 haben sich die gesamten kommunalen Einnahmen in 2005 nur um 3,9 Prozent erhöht. Das Defizit in den Verwaltungshaushalten in den Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages ist auch 2005 nicht geringer ausgefallen, sondern nochmals auf 10,8 Mrd. Euro angestiegen. Die Investitionsausgaben der Kommunen lagen in 2005 ca. 44 Prozent oder ca. 15 Mrd. Euro unter den Ausgaben von 1992 (Quelle: Gemeindefinanzbericht 2006). Der kommunale Investitionsbedarf beläuft sich inzwischen auf 270 Mrd. Euro (Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik).

Insbesondere in den oben genannten Kommunen wird in 2006 mit einem weiteren Rückgang der Investitionen gerechnet. So geht man davon aus, dass die Sachinvestitionen in den neuen Ländern nochmals um 2,2 Prozent zurückgehen werden. (Quelle: Gemeindefinanzbericht 2006).

Nach Berechnungen des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie werden durch zusätzliche Infrastrukturinvestitionen von 1 Mrd. Euro etwa 7 500 Arbeitsplätze für ein Jahr gesichert bzw. neu geschaffen, jeweils zur Hälfte in der Bauwirtschaft sowie in vor- und nachgelagerten Branchen.

Die Stadt Potsdam hat in den vergangenen 15 Jahren 164 Mio. Euro in die Stadtrenovierung investiert. Dadurch wurden private Investitionen von rd. 1 Mrd. Euro ausgelöst.